

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

26.5.1923 (No. 120)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Telefon:
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. U. C. D.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Mai 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigenzähler: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe an den Redakteur sind zu richten an die Redaktion der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Abrechnung, wann immer die Redaktion hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Poincaré bleibt.

Der Pariser Nachrichtenagentur ist gestern ein eigenartliches Versehen passiert. Sie hat wohl von dem Rücktritt Poincarés berichtet und auch von der Tatsache, daß Millerand die Demission nicht annahm, sie hat aber vergessen mitzuteilen, daß Poincaré sich auf die Bitten Millerands hin entschloß, sein Rücktrittsgesuch zurück zu ziehen. So konnte es denn kommen, daß Londoner Blätter dem scheidenden Herrn Poincaré bereits die üblichen Nachrufe widmeten.

Man streitet jetzt darüber, wie das Rücktrittsgesuch Poincarés politisch zu beurteilen sei. Die einen sagen, daß es sich bei dem Ganzen nur um eine Komödie gehandelt habe, die den Zweck verfolgte, Frankreich von der Kostbarkeit der Existenz seines Ministerpräsidenten zu überzeugen. Die anderen bleiben dabei, daß das Kabinett Poincaré in eine Krise geraten sei, und daß das Rücktrittsgesuch als Beweis für die Unsicherheit der Stellung Poincarés gelten müsse.

Wichtig ist das eine, daß Poincaré schon vor der entscheidenden Sitzung des Senats deutlich erklärt hatte, er werde zurücktreten, wenn der Senat die Verhandlung gegen Cadin zurückweise. Die Mehrheit des Senats hat also wohl gewußt, daß die Existenz des Kabinetts auf dem Spiele stand, und sie hat gleichwohl nicht geögert, jenen Beschluß zu fassen. Wenn jetzt von einzelnen Senatoren gesagt wird, daß dieser Beschluß durchaus kein Mißtrauensvotum darstellen solle, so bedeutet das ja sicherlich eine gewisse Abschwächung, ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Senat den offenen Konflikt mit Poincaré nicht gescheut hat. Und das ist es, was zu denken gibt.

Man könnte glauben, daß der Senat bzw. seine Mehrheit von der Absicht ausging, Poincaré eine Lezion oder eine Warnung zu erteilen. Solche Warnungen erteilt man aber nur dann, wenn man von ihrer Notwendigkeit überzeugt ist. Die Lage, in der sich Frankreich zurzeit befindet, ist keineswegs so geartet, daß ein seiner Verantwortung bewußtes Mitglied des Senats Lust verspüren könnte, um einer Nebenbühlichkeit willen Konflikte heraufzubeschwören. Anderes Erachtens werden also wohl diejenigen Recht behalten, die den ganzen Vorgang als eine kühnste Erscheinung beurteilen und im Zusammenhang damit von einer bleibenden Erschütterung der Stellung Poincarés sprechen.

Was der französische Ministerpräsident in der Kammer bei der großen Rede auf die sozialistischen Angriffe hin ausgeführt hat, gibt zu längeren Kommentaren wenig Anlaß. Man kann gewisse Wendungen so oder so deuten. Bemerkenswert bleibt, daß Poincaré mit einer Versärfung der Gewaltmaßnahmen gedroht hat, um Deutschlands „Kapitulation“ rascher herbeiführen zu können. Seine Beteuerungen, daß er Deutschland nicht ruinieren wolle, und daß er gar nicht daran denke, fremdes Gebiet gegen den Willen der Bevölkerung zu annektieren, verfolgen offensichtlich den Zweck, das Mißtrauen der Alliierten in etwa zu beschwichtigen.

Die Androhung neuer Gewaltmaßregeln läßt klar erkennen, wie bitter Poincaré innerlich die Tatsache empfindet, daß seine Politik eben doch in eine Sackgasse geraten ist. Aus dieser Sackgasse will Poincaré heraus, und zwar natürlich möglichst mit einem Erfolg. Von dem Inhalt und dem Wortlaut der neuen deutschen Note wird es mit abhängen, ob Poincaré diesen Erfolg erringen kann oder nicht.

Die Bildung des neuen britischen Kabinetts ist inzwischen im wesentlichen so gut wie abgeschlossen worden. Horne und Chamberlain sind in das Kabinett nicht eingetreten. Horne ist um den Beitritt ersucht worden, hat aber einstweilen abgelehnt. Neu ist die Person Lord Cecil's. Im ganzen präsentiert sich das Kabinett als eine Fortsetzung des Kabinetts Bonar Law. Wer will, kann daran, daß Lord Cecil in das Kabinett eintrat, gewisse Hoffnungen knüpfen. Doch kommt alles jetzt, wie gesagt, auf die deutsche Note an. Sie erst wird die nötige Klarheit schaffen.

Die „Times“ melden: In der ersten Kabinettsitzung unter Baldwin's Vorsitz ist beschlossen worden, daß der englische Vertreter in der Interalliierten Rheinlandkommission die bisherige protektierende Passivität aufgeben und an den Beratungen und Beschlüssen wieder, wie früher, teilnehmen soll. Man erwartet in politischen Kreisen von London, daß damit eine Periode in den Verfügungen der Rheinlandkommission zum Stillstand kommen soll, die nicht mehr im Interesse Englands liegt. Mit Rücksicht auf die französisch-belgischen Verstärkungen im Ruhrgebiet habe die englische Regierung aus Prestige-Gründen die Verstärkung der Garnison des Brückenkopfes Köln um eine Division angeordnet, deren Einschiffung schon in den nächsten Tagen beginnen werde.

Politische Neuigkeiten.

Poincarés Konflikt mit dem Senat.

Offiziell hat die zweistündige Regierungskrise, die der Senat mit der Ablehnung der ihm von der Regierung gestellten Zumutung verursacht hat, als höchster Gerichtshof des Landes nach politischen Opportunitätsgründen Recht zu sprechen, und um der Popularität des Ruhrabenteurers willen die agitatorische n Ausschreitungen einer bunt zusammengerührten Zahl kommunistischer Schreier zu einem Komplott gegen die Sicherheit der französischen Republik zu stempeln, durch die Zurücknahme der von Herrn Poincaré „angebotenen“ Demission ihren Abschluß gefunden. Ob damit die politische Krise als beendet betrachtet werden kann, ist eine andere Frage. Die nationalpolitische Kammermehrheit hat zwar Herrn Poincaré bei seinem Eintritt in den Sitzungssaal durch demonstrativen Beifall zugleich mit der Unwandelbarkeit ihrer Sympathie die Billigkeit seiner Haltung zum Ausdruck gebracht, der Konflikt zwischen Regierung und Senat ist aber damit nicht aus der Welt geschafft. Nach parlamentarischem Brauch müßte Herr Poincaré, wenn er sich schon mit der Zurücknahme seiner Demission in Widerspruch mit seiner noch nicht 24 Stunden zuvor abgegebenen Erklärung auf den Standpunkt stellt, daß die Abstimmung keinen politischen Charakter gehabt habe, unzerzagli die Vertrauensfrage stellen. Er hat das jedenfalls nicht getan. Verschiedene dringende Vorlagen, die der Zustimmung des Senats bedürfen, darunter die von der Regierung angeforderten Ruhekreidite, werden jedoch die notwendige Klärung nicht lange hinauschieben lassen. Herr Poincaré scheint bis dahin nicht untätig bleiben und selbst zur Offensive übergehen zu wollen. Er läßt durch die offiziöse Presse mitteilen, daß die Regierung bereits in Erwägung über eine völlige Umgestaltung des Staatsgerichtshofes eingetreten sei. Der Justizminister hat denn auch in der Tat bereits gestern eine Reihe juristischer Sachverständiger zusammenberufen und sie mit der Vorbereitung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes beauftragt. Die Regierung, so heißt es in der Ankündigung, sei dabei von dem Gedanken geleitet, daß der höchste Gerichtshof nicht von einer politischen Körperchaft gebildet werden dürfe, daß die Zahl seiner Mitglieder erheblich herabgesetzt und daß deren Auswahl so getroffen werden müsse, daß seine Entscheidung künftig jeder politischen Einflußsphäre entzogen sei. Eine solche Vorlage bedürfte, da sie eine Verfassungsänderung darstellt, der Zustimmung der zu einem Nationalkongress in Versailles vereinigten beiden Häuser des Parlaments.

Ihr Zustandekommen ist also jedenfalls in weiter Ferne. Aber schon ihre Ankündigung und mehr noch die Art ihrer Begründung ist eine scharfe Herausforderung an die Adresse des Senats, die noch unterstrichen wird, durch die ungewöhnlich scharfen Ausfälle der der Regierung nahestehenden Presse, die dem Senat zum Vorwurf macht, er habe sich bei seiner Entscheidung von der Rücksicht auf das radikale Bündnis mit den Sozialisten bei den bevorstehenden Kammerwahlen und von persönlicher Ränke gegen Poincaré leiten lassen. Dieser Vorwurf ist umso merkwürdiger, als es doch eigentlich die Regierung selbst gewesen ist, die den Versuch einer Verquickung von Rechtsprechung und Politik gemacht hat, indem sie den Senat durch die Drohung mit der Demission zu der von ihr gewünschten Entscheidung zwingen wollte. Der Senat pflegt in Dingen, die sein eigenes Prestige angehen, nicht mit sich spielen zu lassen. Herr Poincaré spielt also, wenn er es wirklich auf eine Kraftprobe ankommen lassen will, ein sehr gewagtes Spiel.

Die überraschend ausgebrochene französische Ministerkrise hat ein nicht minder überraschendes Ende gefunden. Sie hat genau eine Stunde gedauert. Herr Millerand hat die ihm angebotene Demission des Ministeriums nicht angenommen und es hat anscheinend nicht sehr großer Überredungskunst von Seiten

des Präsidenten der Republik bedurft, um Herrn Poincaré zum Bleiben zu bestimmen. Ob es diesem überhaupt ernst gewesen ist mit der Demission? Ein großer Teil der Pariser Blätter bezweifelt es. Die „Deuore“ nennt das ganze Manöver unumwunden eine schlechte Komödie, die die Regierung der Lächerlichkeit preisgebe, und selbst das sehr gemäßigtere „Petit Journal“ spricht von einem offenen Konflikt zwischen der Regierung und dem Senat.

In Pariser politischen Kreisen ist man allgemein der Auffassung, daß Herrn Poincarés Prestige nach diesem Theaterstreich auf schwerste erschütterte ist, und daß er die Position, die ihm gestern der Senat erteilt hat, nicht lange überleben werde. Vergebens versuchen die Herrn Poincaré nahestehenden Blätter die These, die übrigens auch Herr Millerand sich zu eigen gemacht hat, zu vertreten, daß das Votum des Senats eigentlich kein politisches gewesen sei und als solches unmöglich als eine gegen das Kabinett gerichtete Kundgebung gedeutet werden könne, nachdem Herr Poincaré erst am Tage zuvor das volle Gewicht seiner Autorität in die Waagschale geworfen und im Senat erklärt hat, daß er die Ablehnung des von der Regierung gestellten Antrages auf Verfolgung der Kommunisten vor dem Staatsgerichtshof mit seinem Rücktritt beantworten werde. Der Senat hat durch diese Drohung sich nicht dazu bewegen lassen, eine Rechtsangelegenheit nach anderen Gesichtspunkten als denen des Rechts zu beurteilen und er hat, indem er es abgelehnt hat, Recht und Politik miteinander zu verquiden, Herrn Poincaré einen Schlag verlehrt, wie ihn kaum eine Regierung vor ihm erhalten hat. Herr Poincaré hat ihn hingenommen, ohne daraus die Konsequenzen zu ziehen. Es bleibt deshalb nicht minder wahr, was gestern morgen der „Populaire“ schreibt, was aber keineswegs nur die Auffassung der sozialistischen Kreise ist, daß Herr Poincaré das Recht verwirrt habe, im Namen des republikanischen Frankreich zu sprechen, und aufgehört habe, es in den Augen des Auslandes zu repräsentieren.

Poincarés leere Geste.

Die Berliner Presse hält das gestrige Demissionsangebot Poincarés für eine leere Geste und spricht von einer Krisenkomödie Poincarés, von einem Theatercoup, einen Akt. Poincaré habe mit seinem überraschenden Schritt nur seine Position stärken wollen, da infolge der gegenwärtigen außenpolitischen Hochspannung ein Kabinettswechsel vermieden werden mußte.

Daß Poincaré gerade seinen innerpolitischen Kampf gegen die Kommunisten zum Ausgangspunkt der Stärkung seiner Macht benützte, gibt dem „Berl. Tagbl.“ die Gelegenheit, sich näher mit den tieferen Ursachen der gegenwärtigen Unruhen im Ruhrgebiet zu befassen. Für das Blatt besteht kein Zweifel, daß französische Agenten dabei ihre Hände im Spiele haben, um revolutionäre Sprengbomben zu legen. Das demokratische Blatt findet es merkwürdig, daß in demselben Augenblick, da Poincaré dem Präsidenten der französischen Republik den Rücktritt des Gesamtkabinetts anbot, weil der Beschluß des Senats die Regierung an dem Verfahren gegen Cadin hinderte, mit her nötigen Energie gegen die Umtriebe der Kommunisten vorzugehen, sich die militärischen Schergen Poincarés als die Drahtzieher und Förderer einer revolutionären Bewegung erweisen, die Kommunisten und Sozialisten gegen den Willen der Parteileitung im Ruhrgebiet ausgeglichen haben.

Daß es sich nur um französische Drahtzieher handeln könne, dafür führt das Blatt die Erklärung des Zentralorgans der Kommunisten, die Note Fabre an, daß die Kommunisten nichts mit den Ränderern und Ruhestörern gemein haben, daß die Streikbewegung erheblich auf die niedrigen Löhne und die große Teuerung, Dinge, die die einfachsten Lebensinteressen der Arbeiterklassen bedrohen, zurückzuführen ist. In diesem Zusammenhang verweist das „B. T.“ auch auf die Weisung Moskaus an die Kommunisten im Ruhrgebiet, nichts zu unternehmen, solange sich nicht die Verhältnisse unter den französischen Besatzungsstruppen revolutionär zugespitzt haben.

Auch der deutschnationalen Tag, der der Schwerindustrie nahesteht, ist der Ansicht, daß französische Machenschaften die Unruhen im Ruhrgebiet begünstigen, da sie zugleich eine allgemeine wirtschaftliche Erschütterung in Deutschland hervorrufen. Das Blatt sieht diese Auswirkungen in der neuerlichen starken Hausse, namentlich der Aktien westdeutscher Bergwerks- und Hüttenunternehmungen, besonders jener der Stinneschen Unternehmungen. Hinter dieser Hausse vermutet das Blatt starke Aufkäufe durch französische Interessenten, wodurch die Gefahr der Überfremdung des deutschen Ruhrgebietes hervorgerufen wird. Das Blatt verlangt von der Regierung scharfe Maßnahmen gegen die Abwanderung des deutschen Aktienbesitzes zu treffen.

Neue Zwangsmaßnahmen.

Die von Herrn Poincaré in der Kammer angekündigten neuen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland haben nicht lange auf sich warten lassen. Die Interalliierte Rheinlandkommission kündigt heute die Ausweitung von neuerdings 585 größtenteils der Eisenbahnerverwaltung angehörenden deutschen Beamten an. Sie hat ferner angeordnet, daß ab 1. Juni von allen Kohlen- und Holztransporten im besetzten Gebiet ein besonderer Passierschein eingeholt werden muß, widrigenfalls die Sendungen der Beschlagnahme verfallen. Ein drittes Dekret endlich ermächtigt die Besatzungsbehörden zur Requisition von Arbeitskräften, Pferden und Material für Wiederherstellung durch Sabotage zerstörter Anlagen.

Mit einer Beilage: 30. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Beratungen in Berlin.

Obwohl man nicht sagen kann, daß die Vorbereitung der deutschen Antwortnote, deren Herausgabe nachgerade eine dringliche Angelegenheit ist, vor dem Abschluß steht, ist doch insofern eine gewisse Entwicklung zu verzeichnen, als man nunmehr in die Behandlung des konkreten Inhalts dieses politischen Dokuments eingetreten ist. Es hat hierüber eine ausgedehnte Ministerbesprechung stattgefunden, der eine weitere folgt und es dürfte nunmehr die Frage der sachlichen Grundlage für die neue deutsche Note im wesentlichen feststehen.

Trotzdem wird vor der endgültigen Formulierung wohl noch eine Fühlungnahme mit englischen Regierungsstellen erfolgen, die auf dem Wege über Presseäußerungen die unveränderte Aufrechterhaltung der vom Kabinett Bonar Law eingeleiteten Vermittlungspolitik zugesichert haben und Bereitschaft zu einer Beratung für die erfolgsversprechende Formulierung der deutschen Note bezeugen. Immerhin wird also erst im Verlaufe der nächsten Woche auf die mit Spannung erwartete Note zu rechnen sein.

Die Gründlichkeit, mit der die Reichsregierung ihre Beratungen über einen neuen Schritt an die alliierten Mächte führt, nimmt geraume Zeit in Anspruch. Es scheint, daß die Regierung es nochmals für notwendig gehalten hat, sich über einige Punkte, in denen sie nicht klar zu sehen glaubt, nähere Informationen bei einzelnen ausländischen Regierungen zu beschaffen. Aus diesem Grunde dürfte in den Beratungen der Minister eine kurze Pause eintreten; man rechnet jetzt damit, daß vor Ende der nächsten Woche kaum ein abschließendes Ergebnis erzielt sein wird. Vorläufig ist, wie wir zu wissen glauben, noch nach keiner Seite hin irgend ein Beschluß gefaßt worden, so daß also noch alles im Ungeklärten steht. Vielleicht kann das Zeitmaß der Überlegungen etwas beschleunigt werden, wenn der Reichskanzler die Parteiführer des Reichstages zu Besprechungen empfangen hat. Der Kanzler wird bei diesen Besprechungen zweifellos erfahren, daß die Mittelparteien und die Sozialdemokratie eine baldige Antwort der Reichsregierung auf die Noten der Entente-Mächte für notwendig halten und daß die Regierung auf die Unterstützung der genannten Fraktionen zählen kann, wenn sie einen ersten, gut durchgearbeiteten Vorschlag zur Lösung des Reparationsproblems macht, selbst wenn die Lasten, die damit dem Volke und dem Lande auferlegt werden, sehr hoch sind. Das wird die Regierung vielleicht veranlassen, in der Garantieforderung, in der sie sich anheimelnd bis jetzt zu keinen Entschlüssen durchdringen konnte, etwas beherzter zu werden. Der Reichsverband der Deutschen Industrie hatte sich in den letzten Tagen ebenfalls mit diesem Problem beschäftigt. Der Beschluß, den er gefaßt hat, dürfte dem Reichskanzler zur Kenntnis gebracht worden sein.

Brotpreiserhöhung und Lohnverhandlungen.

Der Reichsarbeitsminister wird umgehend mit den beteiligten Kreisen über die Auswirkungen der im Juni bevorstehenden Brotpreiserhöhungen beraten, insbesondere ihre Folgen für den Haushalt der Arbeitnehmer feststellen. Das Ergebnis wird den in Frage kommenden Lohnverhandlungen mitgeteilt werden. Der Reichsarbeitsminister ist sich bewußt, daß eine so starke Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen darf, daß die eintretende mittelbare und unmittelbare Belastung vielmehr bei den Lohnverhandlungen, die infolge der gestiegenen Kaufkraft der Löhne ohnehin überall nötig werden, voll abgeholfen werden muß. Der Reichsarbeitsminister gab gleichzeitig mit der Veröffentlichung den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden seine Stellungnahme bekannt und ersuchte die Schlichtungsbehörde, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Ebenso wird die Fürsorge für Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Erwerbslose der durch die Brotpreiserhöhung eintretenden Verteuerung der Lebensverhältnisse angepaßt werden. Der Reichsarbeitsminister hat auch hierfür die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet.

Die Dortmunder Streikunruhen.

Die Dortmunder Streikunruhen haben auf Öhrde übergreifen. Auf dem Altmarkt in Öhrde fand eine Arbeiterversammlung statt, in der für den Streik gesprochen wurde. Nach Schluß dieser Versammlung zogen einige hundert Teilnehmer zu den Phönixwerken und zwangen die Arbeiter, die Arbeit in

vollen Umfange einzustellen, auch die Notstandsarbeiten. Die Streikenden zogen dann weiter zum Hofenwerth, das gleichfalls stillgelegt wurde. Die Öhrder Polizei schritt gegen die Ruhestörer nicht ein. Der Zug setzte sich dann weiter in Richtung auf Dortmund in Bewegung. Der Zugang zur Stadt wurde jedoch durch Schutzeinheiten mit blanker Waffe abgesperrt. Unter den von der Polizei in Dortmund festgenommenen Personen befanden sich auch 8 Russen, die mit Fahrrädern versehen waren und vermutlich Kurierdienste leisten sollten. Seit vorgestern wird auch auf der Zeche Mont Genis in Solingen und auch Zeche Amalie in Bochum gestreikt.

Die französische Großindustrie und die Politik Frankreichs.

Die vielbesprochene Stellung des Comité des Forges zu den zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen, ferner das Maß des Einflusses dieser Vereinigung der französischen Großindustrie auf die Politik der französischen Regierung werden von dem Pariser Korrespondenten der „Börsen Zeitung“ einer Untersuchung unterzogen. Der neugewählte Vorstand des Comité, von dessen Präsidenten der langjährige Schmelzindustrielle de Wendel gewählt wurde, und der Austritt des Chefs der Schneider-Creuzot-Werke, beweisen den beherrschenden Einfluß der ost- und nordfranzösischen Großindustrie im Comité. Der Korrespondent stellt fest, daß kein einziges Pariser Blatt außer der kommunistischen Humanité über die Vorstandswahl berichtet hat und bemerkt, daß dies sich ganz einfach aus dem allerdings merkwürdigen Mangel an Interesse des Publikums für die Vorgänge innerhalb der französischen Großindustrie erkläre.

In den letzten Monaten ist das Comité des Forges dann öfter in den oppositionellen Organen der Rechten und der äußersten Linken erwähnt worden, und zwar wurde ihm von links vorgeworfen, die Ruhraktion veranlaßt zu haben, von rechts dagegen, die Ruhrpolitik der Regierung bekämpft zu haben. Die Wahrheit liegt nach zuverlässigen Informationen des Korrespondenten in der Mitte. Der Gedanke einer Aktion im Ruhrgebiet sei allerdings keineswegs in den Kreisen des Comité grundsätzlich abgelehnt worden; man habe indessen gewünscht, daß Frankreich vor dem Einmarsch eines letzten Versuches zur gründlichen Verständigung mit Deutschland unternehme. Dieser Versuch sollte die Vorlegung eines klaren französischen Programms zur Grundlage haben. Entgegen verschiedenen Behauptungen von dem ausschlaggebenden Einfluß der französischen Schmelzindustrie wird in den Kreisen des Comité des Forges, immer darüber geflagt, daß die Regierung sich sehr wenig um die Meinung der Großindustrie über die Gestaltung der Beziehungen zu Deutschland kümmere.

In der Tat war seit Baldec-Rousselle Millerand der einzige Ministerpräsident, der die Bedeutung der Industrie voll zu würdigen verstand und so sei es, erklärt der Korrespondent, kein Zufall, daß Millerand auch jetzt noch im Elisee seinen Einfluß zugunsten der Großindustrie geltend mache. Millerand und die Leiter des Comité sind sich darüber einig, daß der Aufbau eines neuen Frankreichs nur bei Lösung von dem alten rein politischen Parteiwesen und größerer Beachtung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten möglich sei. Ihr Ziel ist die Einsetzung eines Wirtschaftsrates, jedenfalls ist nach der Ansicht des Korrespondenten festzustellen, daß die Bekämpfung von einem allmächtigen Einfluß des Comité des Forges eine Legende ist. Als sicher könne jedenfalls gelten, daß die Mitglieder des Comité über die Notwendigkeit dauernder Wirtschaftszusammenarbeit für Deutschland sich einig seien. Der Korrespondent erinnert an das Programm, das ein hervorragender Vertreter der französischen Großindustrie vor 3 Jahren entworfen hatte und das die folgenden Punkte formulierte: Unantastbarkeit der französischen Grenze, Garantien für Kohle- und Eisenlieferungen, gemeinsame Arbeit der deutschen und französischen Großindustrie auf der Grundlage völliger Gleichheit, also 50 Prozent zu 50 Prozent. Es bestehe Grund zu der Annahme, daß dieses Programm auch noch heute von dem Comité aufrechterhalten werde; allerdings sei das Comité mit Rücksicht auf seine zahlreichen Gegner zu größter Vorsicht bei der Propagierung dieses Programms gezwungen. Es könne indessen als sicher gelten, daß eine wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland, die zugleich eine Gewähr für die Sicherheit der französischen Ostgrenze bedeute, von der größten Mehrheit der Franzosen freudig begrüßt werde.

Reibungen der englischen Verwaltung in Palästina mit Juden und Arabern.

Aus Jaffa, Ende April, wird uns geschrieben: Die englische Regierung hat sehr recht daran getan, daß sie auf Anträgen im Unterhause, — beispielsweise Ende Februar und erst wieder vor einigen Tagen —, ob sie nicht bald die englischen Truppen aus Palästina zurückziehen beabsichtigt, bisher noch immer eine ablehnende Antwort gegeben hat. Die Araber und Juden würden sich sonst gehörig in den Haaren liegen und jeder von beiden Teilen macht auch schon für sich der Verwaltung allerhand Schwierigkeiten, so daß es ganz gut ist, daß der Respekt vor den Rajonetten fürs erste noch bestehen bleibt.

Den Arabern ist die anhaltende starke jüdische Einwanderung in Palästina ein Dorn im Auge. Im laufenden Jahre scheint die Einwanderung sogar noch erheblich stärker zu werden, als im Jahre 1922. Damals sind durchschnittlich 600 Juden monatlich eingewandert, im Januar und Februar 1923 waren es je 1000 und im März sogar 1100. Die Araber betrachten Palästina als ihre Domäne und es darf vielleicht als ein Beweis des sich fortgesetzt steigenden arabischen Nationalismus angesehen werden, daß arabische Kreise in Amerika Propagandamarken eines arabischen Vereins für das Erwerben Palästinas herstellen lassen. Die arabische Presse erklärt denn auch, die Marken seien zur Förderung der palästinensisch-arabischen Bewegung bestimmt.

Ein weiteres Zeichen der Unzufriedenheit und Unzufriedenheit der Araber ist die Tatsache, daß der Präsident der palästinensisch-arabischen Vereinigung, Musa Kasim Pascha, sich an den Emir Abdallah von Transjordanien mit der Bitte gewandt hat, das transjordanische Parlament solange nicht einzuberufen, als die arabische Frage nicht in Übereinstimmung mit den arabischen Wünschen gelöst wäre.

Ein arabisch-wirtschaftlicher Kongreß hat ebenfalls eine Fülle von Beschwerden gegen die Regierung und zugleich eine Anzahl von Wünschen vorgebracht, die zeigen, daß die Araber für die modernen Verwaltungsmethoden der Engländer nichts übrig haben.

Aber auch die Juden sind schwierig und zeigen sich gekränkt. So sind sie beleidigt darüber, daß die Post- und Telegraphenverwaltung ihre Zirkulare und Abrechnungen für jüdische Abonnenten nicht in hebräischer sondern in englischer Sprache versandt hat. Der Vorstand der jüdischen Gemeinde Jerusalems hat die jüdischen Einwohner angewiesen, der Postverwaltung englische Zirkulare und Rechnungen zurückzusenden.

Etwas ähnliches ereignete sich hier, als bei einer Pferdeschau, verbunden mit einem Rennen, wozu Tausende von Zuschauern mit samt dem engl. Oberkommissar und seinen Beamten erschienen waren, Programme nur in englischer und arabischer, aber nicht in hebräischer Sprache verteilt wurden. Daraufhin verließen die jüdischen Kolonisten gekränkt den Platz. Ebenso haben die Juden Beschwerde darüber geführt, daß der Magistrat in Haifa keine jüdischen Arbeiter beschäftige und das Angebot jüdischer Arbeiterorganisationen wegen eines neuen Chausseebaus zugunsten eines italienischen Angebots zurückgewiesen habe.

Aus diesen kleinen Dingen ersieht man, daß die Verwaltung in Palästina nicht auf Rosen gebettet ist.

Gemeinsame deutsch-peruanische Gelehrtenarbeit.

Aus Lima wird uns geschrieben: Kürzlich hat eines der hervorragendsten Mitglieder der angesehensten Zeitung Perus, des „Comercio“, aus Paris über ein Zusammentreffen in der französischen Hauptstadt mit dem berühmten peruanischen Geologen, Dr. Biffon, berichtet. Dr. Biffon, der kurz vorher einen längeren Aufenthalt in Deutschland genommen hatte, hat dem Vertreter des „Comercio“ in Paris voller Genugtuung mitgeteilt, wie vorzüglich er von den wissenschaftlichen Körperchaften in Deutschland, besonders in Berlin und Bonn, aufgenommen worden ist. In Berlin haben ihm sowohl Herren des auswärtigen Amtes, wie Mitglieder der südamerikanischen Diplomatie, wie hervorragende Persönlichkeiten der geographischen und geologischen Wissenschaft, einen außerordentlich ehrenvollen Empfang bereitet.

Auch in Bonn wurde Dr. Biffon sehr gefeiert. Besonders interessant war für ihn das letzte Werk seines Bonner Spezialkollegen Steinmann über die Küsten-Cordilleren in Süd-

Vom Feldberg-Observatorium

Das Feldberg-Observatorium der Badischen Landeswetterwarte und das Klima des Feldberggipfels.

In der Monatschrift für Witterungskunde „Das Wetter“ gibt der frühere Beobachter des Feldberg-Observatoriums Dr. W. Hartmann eine interessante Schilderung des dortigen Observatoriums und der klimatischen Verhältnisse auf dem Feldberggipfel. Aus militärischen Gründen wurde im Jahr 1915 auf dem 1496 Meter hohen Feldberg im Schwarzwald eine Wetterwarte 1. Ordnung eingerichtet. Nach dem Kriege wurde die Station dem Reich der Badischen Landeswetterwarte angegliedert und in den Haushalt des Badischen Arbeitsministeriums übernommen. Ursprünglich wurden die Beobachtungen im Turm des Schwarzwaldvereins auf dem Gipfel des Feldbergs angestellt. Infolge der für dauernden menschlichen Aufenthalt ungeeigneten Räumlichkeiten mußte das Observatorium im Jahre 1920 nach dem in 4 Kilometer Entfernung befindlichen Hotel Feldberghof in 1277 Meter Höhe verlegt werden. Die Besitzer des Hotels, die Herren Mayer und Solander haben dabei durch Abgabe von Räumlichkeiten und weitgehende Unterstützung der Arbeiten des Beobachters dem Observatorium wertvolle Hilfe zuteil werden lassen, so daß trotz der geringen Mittel die wissenschaftlichen Arbeiten fortgeführt werden konnten.

Für die wissenschaftliche Erforschung der Physik der freien Atmosphäre spielt das Feldberg-Observatorium eine besondere Rolle. Als südwestlichste deutsche Höhenwarte ist es auch für den praktischen Wetterdienst von großer Bedeutung und leistet schon heute nach dem Urteil für die moderne Luftfahrt, die nach dem Urteil aller Luftverkehrsgeellschaften ohne eingehende meteorologische Beratung überhaupt nicht möglich ist, wichtige Dienste. Die feitherigen Beobachtungen geben schon ein ganz gutes Bild der klimatischen Verhältnisse des Feldberggipfels. Die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt nur 2,4 Grad Celsius (gegen 9,8° in Karlsruhe). Sie entspricht also etwa der Jahrestemperatur des nördlichen Islands oder der äußersten Südküste Grönlands, stellt also einen Übergang dar zu dem arktischen Klima. Die mittlere Januartemperatur wurde zu -3,9° gefunden, das ist etwa die Januartemperatur des Nordlapp von Europa und des Kap Farewell an der südlichen Spitze Grönlands. Die höchste Temperatur im Juli erreicht 9,4°, wie sie in diesem Monat nur am Nordap und

in Südsland vorkommt. Gelegentlich sind in allen Monaten auf dem Feldberg positive Temperaturen möglich, die in den Wintermonaten sogar 10° erreichen können, ein Wert, der selbst in der Ebene im Dezember nicht sehr häufig ist. Diese gelegentlich auftretenden hohen Temperaturen werden meist durch alpinen Föhn erzeugt, der sich mehr als 150 Kilometer weit nach Norden bemerkbar macht. Die Sommertemperatur erreicht nur selten 25°, einmal in 4 Jahren. Entsprechend dem Charakteristischem des arktischen Klimas: kalte Sommer und gleichmäßig kalte Winter, ohne daß aber sehr extrem tiefe Temperaturen vorkommen, beträgt die bis dahin beobachtete niedrigste Temperatur auf dem Feldberggipfel 21° Kälte. Dabei treten diese tiefen Temperaturen auf dem Feldberggipfel meist bei nördlichen Winden von Sturmstärke ein, während in der Rheinebene bekanntlich tiefe Wintertemperaturen nur bei ruhigem Wetter und klarem Himmel mit ungehörter Wärmeabstrahlung in den Wintermonaten möglich sind. Nach den feitherigen Messungen ist nur der Juli frostfrei geblieben. Kältefälle sind im Juli fast die Regel und gelegentlich bringt auch der August dem Gipfel schon einen Temperatursturz unter 0°. Im allgemeinen sind jedoch in den Monaten Mai bis September Frosttage nur Ausnahmen, die nicht in jedem Jahr auftreten. Im Mittel ist auf dem Gipfel die Zeit vom 20. Juni bis 10. September frostfrei. — Da alle Gebirge die anstehenden Luftmassen zum Aufsteigen zwingen, wodurch Abkühlung und damit erhöhte Kondensation eintritt, muß auf dem Feldberg eine viel größere Niederschlagsmenge als in der Ebene erwartet werden. Im Durchschnitt brachte der Feldberg rund 1100 mm Niederschlag im Jahr gegen 740 mm in Karlsruhe. Tatsächlich ist aber die Niederschlagsmenge auf dem Feldberg noch größer, das die durch treibenden Nebel an Bäumen und Sträuchern sich niederlagenden Kondensationsprodukte (Nauhtreif, Nauhtrost) in den geschützten Regennestern nicht zur Messung gelangen. Besonders interessieren dürfen die Schneeverhältnisse auf dem Feldberggipfel. Tage mit Schneefällen kommen im Mittel etwa 95 vor, wobei nach den feitherigen Beobachtungen nur der Juli als Schneefrei zu bezeichnen ist. Das Maximum der Tage mit Schneefall verzeichnen März und Dezember. Der Gipfel des Feldbergs besitzt infolge seiner Höhe eine ziemlich große Zahl von Tagen mit geschlossener Schneedecke. Im ganzen sind es durchschnittlich 172 Tage. Ihre Verteilung über die einzelnen Monate ist für die vergleichende Witterungskunde recht interessant. Die meisten Tage mit Schneedecke besitzt der März. Nach einem kleinen Maximum der Tage mit ödi-

ger Schneedecke im Dezember wird meist, infolge von Föhn und Regen, Ende Dezember und Anfang Januar, die Schneedecke wenigstens auf den Südwesthängen wieder lückenhaft.

Die später fallenden Niederschläge sind gering, so daß die Wärmeeinstrahlung der sonnigen Wintertage noch im Februar auf den Südhängen die verweschten Stellen wegtauen kann. Die höheren Niederschläge der Frühjahrsmonate bringen das 2. Hauptmaximum der Schneedecke hervor (März). Gelegentlich noch im Mai oder Juni in der Gipfelregion auftretende Schneedecken sind nur von kurzer Dauer. Auf den Nordhängen an hochgelegten Stellen halten sich die winterlichen Schneereize (Kaminen- und Wächterreize) in manchen Jahren bis Anfang August, so daß zwischen dem Abschmelzen des letzten Restes und dem ersten Neuschnee manchmal nur 4 Wochen liegen.

Für den Touristen sind auch die Messungen der Sonneneinstrahlung interessant. Der Feldberggipfel ist mit durchschnittlich 1600 Stunden Sonnenschein im Jahr etwas sonnenreicher als Karlsruhe, das etwa nur 1580 Stunden Sonnenschein aufweist. Man kann auf dem Feldberggipfel mit etwa 36 Prozent der möglichen Sonneneinstrahlung rechnen, der Februar steht als sonnenreichster Monat mit 35 Prozent der möglichen Dauer an der Spitze, während der April mit nur 19 Prozent den sonnenärmsten Monat darstellt. Die Zahl der Tage mit Nebel ist bei einem Gipfel, der in eine Wolkenzone hineinragt, natürlich sehr hoch. Oft ist es nur eine dünne Nebenschicht, die die obere Gipfelregion einhüllt, den Feldberger Hof aber bereits frei läßt. Im ganzen besitzt der Gipfel etwa 240 Nebeltage, von denen sich an 65 Tagen der Nebel überhaupt nicht lichtet. Mai und Februar sind am nebelarmsten. Das Maximum befindet sich in den frühesten Wintermonaten. Vollständige Nebeltage sind im Sommer relativ selten, im Januar sehr häufig.

Zusammenfassend kann über das Klima des Feldberggipfels folgende gesagt werden: Das Klima des Feldberggipfels im Schwarzwald zeigt die Eigentümlichkeit, daß nur 2 Jahreszeiten deutlich voneinander zu trennen sind. Der Übergang von winterlicher Witterung (April) zum Sommer (Mai) erfolgt sehr rasch, ebenso der Übergang vom sommerlicher Witterung zu der kälteren Jahreszeit (September bis Oktober). Während im Sommer bei mittleren Temperaturen häufig Niederschläge fallen, sind anhaltend trübe Tage nicht sehr häufig. Die Wolkenbildung, welche in Frühlings-

amerika, da in diesem Werke eine von Liffon gemachte Entdeckung von Steinmann bewertet worden ist. Liffon schloß vor seiner Abreise aus Bonn mit Steinmann einen Vertrag über die baldige Veröffentlichung einer geologischen Karte von Peru ab, die die Namenszeichnung beider Gelehrten tragen soll und die damit sozusagen die Festlegung ihrer wissenschaftlichen und persönlichen Freundschaft darstellt soll.

Ungeheißer trägt derartige gemeinschaftliche Arbeit deutscher und südamerikanischer Gelehrter dazu bei, die Beziehungen zwischen Deutschland und Lateinamerika, die naturgemäß durch den Weltkrieg etwas gelockert worden waren, wieder zu befestigen. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß auch die Haltung der peruanischen Presse gegen Deutschland in der letzten Zeit wieder eine freundlichere geworden ist.

Kurze Nachrichten.

• Die Buchdruckerlöhne. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die Tarifkommission der deutschen Buchdrucker setzte am 28. Mai den Spitzenlohn auf 104.000 M. fest, was eine Erhöhung um 27 Proz. bedeutet. Der Preistarif ist um 15 Prozent erhöht.

• Düsseldorf ohne Gas und Strom. Die Arbeiter der Düsseldorf Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke überreichten am Donnerstag mittags der Verwaltung neue Lohnforderungen mit ultimativem Charakter. Die Verwaltung erklärte, sie könne die Lohnforderungen nicht ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bewilligen. Darauf legten die Arbeiter gegen 1/4 Uhr nachmittags die Arbeit nieder und sperrten Gas und elektrischen Strom. Die Straßenbahnen liegen still, auch die Gasversorgung ist noch unterbrochen. Der Lichtstrom wurde wieder eingestellt.

Badische Übersicht.

Wegen Geheimbündelei

und national-sozialistischer Umtriebe sind zurzeit in Baden über ein Dutzend strafrechtlicher Verfahren anhängig. In einzelnen Fällen erfolgten auch Verhaftungen und Festnahmen. Anlaß zur Beunruhigung besteht nicht; die Verfahren nehmen ihren gesetzlichen Verlauf.

Das Verfahren vor den Gemeindegerichten

P. A. Dem Landtag ist in diesen Tagen ein Gesetzentwurf vorgegangen, der wichtige Änderungen des Verfahrens vor den Gemeindegerichten vorsieht. Die Zuständigkeit der Gemeindegerichte soll bis auf Streitwerte von 30.000 M. erhöht werden. Weiter ist vorgesehen, dem Bürgermeister im gemeindegerichtlichen Verfahren sühnenspolizeiliche Befugnisse entsprechend den für das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten geltenden Vorschriften zu erteilen. Außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, in den Städten und den großen Gemeinden den Sekretär des Gemeindegerichts mit der selbständigen Wahrnehmung solcher Dienstgeschäfte zu betrauen, die im Verfahren vor den Amtsgerichten von dem Gerichtsschreiber erledigt werden. Eine grundsätzliche Änderung sieht der Entwurf hinsichtlich der Regelung der Verfahrenskosten vor. Es sollen nämlich fünfzigsten im Verfahren vor den Gemeindegerichten die Vorschriften des Reichsgerichtskostengesetzes Anwendung finden. Ferner sollen bei Streitwerten von mehr als 10.000 M. die Gebühren und Auslagen eines Prozeßbevollmächtigten, deren Ersatz bisher in allen Fällen ausgeschlossen war, von der amtierenden Partei dem Gegner zu erweisen sein; der Ersatz der Reisekosten eines Bevollmächtigten oder Beistandes bleibt dagegen nach wie vor stets ausgeschlossen.

Neben diesen Änderungen des gemeindegerichtlichen Verfahrens bringt der Entwurf einige minder wichtige, durch die Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte gebotene Änderungen des Gesetzes über die Bestellung von Vergleichsbehörden in streitigen Rechtsangelegenheiten.

mer noch oft den Gipfel freist, steigt im Hochsommer meist über Gipfelhöhe. Dunst und Schwüle wie sie in der Ebene vorkommen, sind recht selten. Die winterliche Jahreszeit zeigt extreme Bewölkungserscheinungen. Lange trübe Perioden mit Wolkenbildung in Gipfelhöhe (namentlich im Frühwinter) wechseln mit klaren Tagen, deren Luftdurchsichtigkeit und Glanz die 150 Kilometer entfernten Alpen nahegerückt scheint. Die tiefen Temperaturen werden durch häufige Temperaturversionen, in welche der Gipfel eintaucht, gemildert. Die niedere Wolkenbildung liegt im Spätwinter meist unterhalb des Gipfels. Die Neberschläge hüllen als Schneehöhen von Oktober bis Ende April den Gipfel ein. Sie fallen meist auf der Rückseite der Depressionen bei starkem Wetter, öfters, dessen Einwirkung sehr stark fühlbar ist, bringt oft eine Unterbrechung der Frostperiode durch Lawetter mit rascher Schneeschmelze. Nach dorübergehender Mitrodung der Luft in den unteren Schichten verwandelt er meist den bei seinem Erlöschen mit steigendem Luftdruck einsetzenden Niederschlag in Regen. In der Übergangszeit April-Mai wickelt er durch rasches Aufsteigen der Schneedecke. Das Winterklima des Feldberggipfels ist an klaren Tagen durch starke Einstrahlung ausgezeichnet. Von einem tiefblauen Himmel strahlt die Sonne mit höherem Glanz als in der dunstigen Ebene und gestattet an windgeschützten Stellen den Aufenthalt im Freien bei Temperaturen, bei denen man in der Ebene friert. An solchen Tagen nähert sich das Klima des Feldberggipfels dem unserer alpinen Hochtäler, das sich besonders durch starke Sonnenstrahlung auszeichnet und hinsichtlich seiner Heilwirkung an hervorragender Stelle steht (Davos).

Die badische Landeswetterkarte hat, um das für den Menschen heilkräftigste Element die Sonnenstrahlung in ihrer vertikalen Verteilung von der Rheinebene bis zu den Schwarzwaldhöhen quantitativ festzulegen, seit einem Jahre Sonnenstrahlungsmessungen in Karlsruhe, auf Sanatorium Wähler Höhe und auf dem Feldberg-Observatorium organisiert. Neuerdings treten hierzu auch Messungen der photochemischen Driseligkeit, die ebenfalls in der Therapie eine hervorragende Rolle spielt, aber auch für Land- und Forstwirtschaft von großer Bedeutung ist. Durch die Messung der Intensität der Sonnenstrahlung und der Driseligkeit wird unsere Kenntnis vom Klima der Schwarzwaldhöhen eine wesentliche Bereicherung erfahren. Zurzeit genügt das vorhandene Beobachtungsmaterial noch nicht um einen Überblick über Licht- und Strahlungsklima des Schwarzwaldes zu geben.

Das Preisausschreiben des Arbeitsministeriums für Kleinstwohnungen.

Das Badische Arbeitsministerium hatte, um der Wohnungsnot von verschiedenen Seiten zu begegnen, vor kurzer Zeit einen Wettbewerb für Kleinstwohnungen unter badischen Architekten ausgeschrieben. Die Beteiligung dabei war eine überaus große; es liefen im Ganzen 167 Entwürfe ein; 6 Preise wurden verteilt und überdies eine Anzahl Entwürfe angekauft. Sämtliche Entwürfe werden vom 27. Mai ab auf etwa 8 Wochen im großen Richtig des Landesgewerbemuseums in Karlsruhe ausgestellt sein, mit der Ausstellung dieser Entwürfe wird auch eine weitere von Altersheimen, Ledigheimen, Bürgerheimen aus Deutschland verbunden werden, deren Bau im Hinblick auf die Wohnungsnot, zumal in größeren Städten z. B. ebenfalls im Vordergrund steht.

Diebstähle auf Rheinschiffen.

Als das deutsche Maschinen- und Deckpersonal der Rheinschiffahrt zu Beginn der Ausruktion die Arbeit niederlegte, weil es sich weigerte, weiter unter französischer Flagge zu fahren oder Reparationsgut zu schleppen, fanden sich Leute aus der Gegend von Alt- und Neulussheim und Rheinhafen, sowie aus Reilingen bereit, bei den Franzosen in Dienst zu treten und auf den Rheinschiffen Arbeit verrichten. In welcher Weise sich diese Leute auf den Rheinschiffen betätigt haben, wird jetzt erst bekannt. Auf einer Rheinschiffahrt vom Oberrhein stahlen diese Leute auf einem Rheinbagger so ziemlich die ganze Schiffseinrichtung u. a. Kesselpipe, Kumpen, Bojenzeuge usw. Die gestohlenen Sachen wurden teils verkauft, teils wagenweise nach Alt- und Neulussheim, Rheinhafen und Reilingen geschafft, wo jetzt große Bestände des Diebstahlgutes von der Gendarmerei noch beschlagnahmt werden konnten. Bis jetzt sind neun Personen verhaftet worden, die als Abnehmer der Waren oder als Helfer verdächtigt sind. Der Wert der gestohlenen Gegenstände geht in die Milliarden. Diese Diebstähle haben insofern auch eine politische Bedeutung, als Frankreich das Deutsche Reich für den Milliarden Schaden haftbar macht.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrsperren.

Für Bewilligung von Sperrausnahmen für Sendungen nach den Mannheimer Bahnhöfen ist von Montag, 28. Mai an die Betriebsinspektion in Mannheim zuständig. Anträge auf Sperrausnahmen sind daher künftig nicht mehr an die Reichsbahndirektion in Karlsruhe, sondern unter Befugung der ausgedehnten Stadtdirektion und eines Freiumschlags an die Betriebsinspektion in Mannheim zu richten.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruher Bürgerausschuß.

In der gestrigen Bürgerausschusssitzung, die von Dr. Fintler geleitet wurde, fand der Rest der Tagesordnung seine Erledigung.

In der Fortsetzung der Debatte über die Wohnabgabe gab Bürgermeister Schneider einen Antrag des Stadterordnetenverbandes bekannt, der 1850 Prozent statt 1200 Prozent Wohnabgabe fordert und in Ziffer 2 als Stichpunkt den 31. Mai anstatt 30. April vorschlägt. Die Zahl der Befreiungsgelände von der Wohnabgabe betrage 3000 oder 10 Prozent. Bisher gingen für Wohnabgabe 200 Millionen Mark ein, die Verwaltungsausgaben betragen 21 Millionen. Die Verwaltungsausgaben werden dauernd 14 Beamte erfordern

Badische Wochenrückblicke.

Freiburger neue Forschungsinstitute — Kraftwerke und Bergwerke — Löss und Grenzverkehr.

Vor wenigen Tagen berichteten wir über die Einweihung des Freiburger Anatomischen Instituts. Neben dem aus den Trümmern einer feindlichen Fliegerbombe neuerrichteten Anatomiegebäude sind auch in der Frauenklinik der Freiburger Hochschule neue Pflegestätten der wissenschaftlichen Forschung entstanden: die Strahlentherapeutische Abteilung der Klinik und das ihr angegliederte radiologische Institut, das den Namen „Kronhaus, Strahlentherapie und der Universität“ trägt. Diese Einrichtung ist bis jetzt die vollkommenste und erste dieser Art. Die Strahlentherapie basiert, wie Freiburger Mütter hierzu berichten, auf der vor 26 Jahren entdeckten Entdeckung Röntgens; die Lehre von den strahlenden Metallen ist nur wenig älter. Früher wurden Einrichtungen in dem Umfang, wie die hier geschaffene, fast immer aus Staatsmitteln errichtet. Heute ist das infolge der allgemeinen prekären wirtschaftlichen Lage leider nicht mehr möglich, und es mußte deshalb ein Weg gesucht werden, um zu ermöglichen, daß die kostspieligen Einrichtungen (moderne Apparaturen, Maschinen, Instrumente, Mikroskope) und die Räume für die Forschung bereitgestellt werden konnten. Die Industrie lieferte die Apparate, die Maschinen zur Herstellung von Röntgenapparaten und sonstigen Bedarfsgegenständen, und stellte einen Techniker zur Verfügung. Ferner erwirkte ein Haus, das der Klinik durch einen Beitrag auf zunächst 5 Jahre unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurde. Man hat die Physik zur Hilfe herangezogen und weiterhin an dem Grundriss festgehalten, die Chemie und physikalische Chemie ebenfalls zur Mitarbeit heranzuziehen, weshalb auch ein chemisches Laboratorium geschaffen wurde. Zur Prüfung der biologischen Wirksamkeit der Strahlen sind, wie eine DZ-Meldung besagt, besondere Räume vorgesehen, ebenso wurde ein Tierstall angelegt, in dem Mäuse und andere Versuchstiere gehalten werden. Da auch sonst fast alle neuesten Apparate vorhanden sind, so ist es möglich, vergleichende Studien über die Wirksamkeit der verschiedenen Apparate und der von ihnen geleisteten Strahlen anzustellen, so daß sich für die wissenschaftliche Forschungstätigkeit alle nur erdenklichen neuesten Hilfsmittel vorfinden. In der therapeutischen Abteilung ist die ganze Einrichtung so umgeändert worden, daß jetzt in zusammenhängenden Räumen, die auch eine gefällige Ausstattung aufweisen, gleichzeitig fünf Kranke behandelt werden können. Dabei ist für alle hygienischen Einrichtungen auf das peinlichste Sorge getragen, die Kranken sind sicher vor ungewollten Einflüssen geschützt und ebenso das gesamte Bedienungspersonal, die durch eine Varium-Piegelwand, die nur durch dicke Bleiglasfenster unterbrochen ist, vor den Strahlen sicher geschützt den Bestrahlungsvorgang am Patienten beobachten können. Die neuesten Apparate für Licht-Therapie sind durch die modernste Apparatur zur Herstellung von Röntgen-Aufnahmen haben in einem benachbarten Zimmer Aufstellung gefunden. Diese neuesten Apparate ermöglichen es, selbst von den allerhöchsten Körperanteilen in ungläubig kurzer Zeit gute Aufnahmen herzustellen; so kann man z. B. das Kind im Mutterleib innerhalb zwei Stunden in einer scharfen Aufnahme auf die Platte bannen. Es sind somit alle

und eine Ausgabe von 2 Prozent der Abgabe betragen. Bürgermeister Schneider äußerte sich sodann zum Vorwurf, daß sein fest umrissenes Bauprogramm vorliegt. Die Aufstellung eines Programms richte sich nach den bewilligten Mitteln.

Im Benehmen mit der Generaldirektion sollen 40 Wohnungen geschaffen werden. Diese schießt der Stadt jetzt sofort 40 Prozent der gesamten Baugelber vor, die noch etwas von dem Ergebnis der Wohnabgabe vorliegt. Ein weiterer Teil von Wohnungen wird zusammen mit dem Mieter- und Bauverein, der Eisenbahner-Genossenschaft und der Handwerker-Genossenschaft errichtet. Ähnliche Abkommen sind mit dem Badenwerk, dem Landesfinanzamt und dem Versorgungsamt getroffen worden. Auch hier werden 40 Prozent des Kapitals zur Verfügung gestellt. Mit der Eigenhandbau-Genossenschaft sind ebenfalls Verhandlungen eingeleitet, daß eine Reihe von Wohnungen geschaffen wird. Ihre Wohnungen sind bisher am billigsten hergestellt worden, d. h. mit den kleinsten öffentlichen Zuschüssen. Weiter wurden Verhandlungen mit den übrigen Genossenschaften und den Kriegsbeschädigten aufgenommen.

Stadtv. Fromberg (W. Pgg.), der sich für den Kompromißantrag des Stadterordnetenverbandes ausspricht, eine automatische Erhöhung aber ablehnt, will die private Bautätigkeit gefördert wissen. Man solle mehr an fertigen Straßen bauen. Die Karlsruher Wohnabgabe betrage das Doppelte jener von Hamburg und sei in der vorgesehenen Festlegung zu hoch.

Stadtv. Kramer (D. Vp.) gibt der Mieterbeschuldigung die Schuld an der Wohnungsnot, am Mangel privater Bautätigkeit aus dem Verkauf des lebenden und toten Inventars der städtischen Güter könnten über 800 Millionen erlöst und zum Wohnungsbau verwendet werden. Die Vorlage bedeutet einen Schritt zur freien Wirtschaft, seine Fiktion werde für die Vorlage stimmen.

Stadtv. Bauer (Komm.) greift das Spekulantentum an. Der Bauoffizier verschlinge zu viel. Die kommunistische Fraktion stimme gegen die Vorlage.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Die Abstimmung

gestaltet sich sehr schwierig. Der Antrag des Stadterordnetenverbandes wird zurückgenommen. Ziffer 1 der Vorlage, die eine Wohnabgabe von insgesamt 1200 M. vorsieht, wird nicht großer Mehrheit angenommen. In Ziffer 2 liegen Änderungsanträge der sozialdemokratischen Partei und der Volkspartei vor. Während einer kleinen Pause wird den Parteien noch einmal Gelegenheit zur Besprechung innerhalb ihrer Fraktionen gegeben.

Die Abstimmung erlaubt nach der Beratung der Parteien die Ablehnung der Ziffer 2 der städtischen Vorlage und Annahme des sozialdemokratischen Antrags. Dieser verlangt, daß die monatliche Abgabe nicht erhöht oder ermäßigt werden dürfe nach dem Stande der Beamtenbezüge vom 30. April, sondern erst vom 30. Mai. Dadurch bleiben die Gehalts erhöhungen, die im Mai erfolgt sind, ohne Einfluß auf die Höhe der Wohnabgabe. Ziffer 3, 4 und 5 werden angenommen. Die ganze Vorlage wird mit dem sozialdemokratischen Änderungsantrag gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen.

Bereitstellung von Gelände zu Heimstättenzwecken.

Stadtv. Ganz (Fr.) befragt sich, daß Parzellen Gelände stücke abgegeben müßte.

Bürgermeister Schneider erwidert, die Vorlage wird angenommen mit kleinen Änderungen.

„Erhöhung des Grundstückserwerbsfonds auf 10 Millionen Mark“, „Grundstückserwerb für die Erstellung der Wagenhalle hinter dem Hauptfriedhof“, „Beitritt der Stadt

Einrichtungen getroffen, um das, was die Wissenschaft im Laboratorium Neues findet, auch den Menschen zur Heilung von Krankheiten nutzbar zu machen. Diese Verbindung von Wissenschaft und Künste hat die besten Erfolge gezeitigt. Wir im „Mutterlande“ Baden dürfen immerhin stolz auf die Erfolge und die neuen Einrichtungen der Freiburger Frauenklinik und die neuen Institute sein.

Der Bürgerausschuß Waldkirch nahm mit allen Stimmen eine Vorlage an, wonach sich die Stadt Waldkirch an der Finanzierung des Glotterwerkes mit einer Summe beteiligt, die 7000 Festmeter Rundholz einträgt. Die Beteiligung der Stadt am Aktienkapital beträgt, laut weiteren Mitteilungen sechs Zwanzigstel von 500 Millionen.

In Hammereisenbach, bei Köhrenbach, ist jetzt die Verhüttungsstelle eines alten Bergwerkes freigelegt worden. Hinter der Verhüttung, die mehrere Meter lang war, löst man auf einen Stollen, der aufrecht stehen ermöglicht. Bei 50 Metern geht eine Schachtführung zur Tiefe, nach weiteren 10 Metern hört dann der Stollen auf. Der Schacht führt dagegen auf eine zweite Stollenanlage auf tiefer Sohle. Es dürfte sich um ein verlassenes Erzbergwerk handeln, dessen ganze Ausdehnung noch weiter festgelegt werden soll.

Im benachbarten Linachtal, beim Kraftwerk, ist ein verändertes Naturbild zu sehen. Die Linacht, die seit mehreren Wochen durch den Stollendurchbruch rieselte und durch den freien Abfall beim Schwanenbach einen herrlichen Anblick bot, ist abgeleitet und fließt nun wieder ihren alten Gang bei der Staumauer.

Während die Schweizer mit Dauerpassierscheinen nach Bözrah beim Grenzübertritt seit zwei Jahren von einer Abstempelung des Passes befreit waren, ist diese Abstempelung seit Mitte April wieder eingeführt, und zwar bei der Aus- und Einreise. Wie die „Basler Nachrichten“ hierzu damals schrieben, empfanden die Schweizer diese Wiedereinführung, wo die Schweiz dazu übergegangen ist, eine Abstempelung des Passs bei der Ausreise aus der Schweiz auch für Deutsche nicht mehr vorzunehmen, sondern diese ohne jede Formalität passieren zu lassen, umso unerklärlicher, als erst kürzlich eine Mitteilung an die Presse geleitet wurde, wonach durch Verfügung der Reichsregierung die Einreisebestimmungen nach Deutschland auf Grund der sowohl an die Verkehrsverbände als auch an die Wirtschaftsverbände gelangten Eingaben erheblich gemildert worden seien. Der Zweck der Abstempelung soll angeblich die Vereinfachung der jeweiligen Kontrolle sein. Hierzu schreibt die Freiburger „Volkswacht“ in Nr. 95 noch folgendes: „Hinsichtlich des Kleinen Grenzverkehrs haben wir unsere Ansicht wiederholt schon dahin dargelegt, daß es nämlich nach mehr als einer Richtung hin unangemessen sei, diesen Verkehr in der unheimlichsten Weise zu unterbinden. Der Hinweis der „Basler Nachrichten“ ist vollkommen richtig, abgesehen davon, daß große verwandtschaftliche Beziehungen aller Schichten unserer Bevölkerung die Stadt Basel mit dem Grenzgebiet verbinden. Dazu kommt noch der jahrhundert alte gesellschaftliche und kommerzielle Verkehr.“

Karlsruhe zum kommunalen Feuerberufungsverband Baden.

Die Vorlagen finden Annahme. Es sprechen zur letzten Vorlage die Stadtv. Wild (Str.), Dr. Hegler (D. M.), Kessler (Dem.), Töpfer (Soz.), Widmann (Str.), Bürgermeister Dr. Fortmann.

Ebenso rasche Erledigung finden die Vorlagen „Verlängerung der Wirksamkeit des Gemeindefiskus über die Festsetzung der Gebühren“ und „Aufnahme eines kurzfristigen Darlehens“.

Nach kurzer Diskussion stimmt das Kollegium der „Festsetzung der Sprungelder“ zu. Für das Deduzieren einer Kuh wird ein Preis von 10 Liter Milch erhoben, bei einer Pflanze ein solcher von 4 Liter, bei einem Schwein ein solcher von 10 Liter.

Der Betrieb des Familienbades im Bierortbad.

Eine Aussprache nach § 64 Abs. 2 der G.D. findet statt, nachdem Oberbürgermeister Dr. Finner mitteilt, daß sich mehrere Vereine gegen Fortsetzung des Familienbades an den Stadtrat wenden haben.

Den Antrag begründet Stadtv. Wild (Str.). Er bittet um die Zustimmung des Hauses, daß der Stadtrat den Familienbetrieb im Bierortbad aufheben soll. Im gleichen Sinne sprach die Stadtv. Fr. Klose (D. Sp.) und Breithaupt (D. M.).

Zu einer Abstimmung über den Antrag des Zentrums konnte es nicht kommen, da die Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten infolge der vorgezogenen Zeit den Saal verlassen hatten. Dadurch wurde die Beschlussfähigkeit des Hauses herbeigeführt. Schluß der Sitzung halb 9 Uhr.

Luffahrtausstellung.

Die studentische Gruppe des Karlsruher Luffahrtvereins veranstaltet heute und morgen im ehemaligen Zeughaus bei der Techn. Hochschule eine Ausstellung von neuen Segelflugzeugen, die einen Begriff von den Arbeiten auf dem Gebiete des motorlosen Fluges in Deutschland geben soll. Der Zweck der Ausstellung ist, die Begeisterung für das Flugwesen in größere Kreise zu bringen. Dazu dienen die stündlich stattfindenden Führungen in der Ausstellung, die sich bei ihrer ersten Eröffnung vor 8 Tagen schon eines regen Besuchs erfreute. Die Ausstellung ist um so bedeutender für Karlsruhe, als ja ein Fliegen mit Motorflugzeugen vorläufig in der neutralen Zone noch verboten ist. In der Ausstellung ist auch das von Schülern des Bad. Staatstechnitums erbaute Gleitflugzeug „Liflotie“ zu sehen, ein Doppeldecker, von 6 Meter Spannweite, mit dem bald die ersten Gleitversuche in der Nähe von Karlsruhe ausgeführt werden sollen.

* Landesheater. Am Dienstag, den 29. ds. findet die dritte Aufführung der mit so großem Beifall aufgenommenen Neu-

einstudierung der Werkschöpfung „Alba“ statt. Am Donnerstag, den 31. (Fronleichnamstag) verabschiedet sich Frau Hilde von Alpbach-Eberbach, die auf ihre Bitte schon jetzt aus dem Mitgliederverband ausscheidet, als Desdemona in „Othello“. Der Sonntag, 3. Juni, bringt uns eine vollkommene Koeinführung von Wagner „Meistersinger von Nürnberg“, unter der Leitung der Herren Cortolozis und Turnau.

Opernsänger Wilhelm Kuntwig ist aufs neue ernstlich erkrankt und dadurch für die nächsten Wochen seiner Berufstätigkeit entzogen. Auch Opernsänger Alfred Wagh ist durch einen Unfall voraussichtlich 14 Tage dienstunfähig.

Als Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes wird am Sonntag, den 27. Mai 11¼ Uhr Herr Professor Dr. Goll im Foyer des Landesheaters einen Vortrag „Über die Komödie der Gegenwart“ halten, der zugleich zur Einführung in Karl Sternheims, am Mittwoch, den 30. hier zur Erstaufführung kommenden satirischen Komödie „Bürger Schippel“ dienen wird.

Literarische Neuerscheinungen.

Der Geist der Paulskirche. Aus den Reden der Nationalversammlung 1848/49. Ausgewählt und herausgegeben von Wolfgang Bebet und Otto Ernst Sutler. Frankfurt a. M. b. S., Abteilung Buchverlag, Frankfurt a. M. Grundzahl M. 5.— Ppbd. Feuerungs-Multiplikator: Schlüsselzahl des Vorlesers.

Neben seinem aktuellen Wert als Gedächtnisbuch zum 76. Jahrestag der deutschen Nationalversammlung, ist dieses flott ausgestattete Buch berufen, eine Lücke in der Literatur über die Bewegung der 48er Jahre auszufüllen. Der Geist jener Tage, wie er sich in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. kundgab, spricht laut und vernehmlich aus diesen Blättern, weit bei dem einen Erinnerungen, bei dem andern Überraschung. Denn die gleichen Probleme, die damals die Besten der Nation in der Paulskirche zusammenführte, Einheit und Freiheit, Abriistung und Völkerverbund, Sozialismus und Kapitalismus, die überreichliche und die polnische Frage, all dies hat in unserer Gegenwart weitbewegende Bedeutung gewonnen. Mit welcher Verantwortung all dies von Männern wie Ludwig Uhland, Friedrich Theodor, Wischer, Robert Klum, Karl Wintermaier, Jakob Benedek, Karl Vogt und vielen anderen Trägern langvoller Namen, behandelt wurde, zeigt die knapp gefasste Auslese aus den Reden in der Paulskirche. Die Herausgeber haben hier ein schönes Gedächtnisbuch für jene Taten geschaffen, zugleich aber den verächtlichen Schatz ihrer politischen Weisheit den Lebenden wieder zugänglich gemacht. Bilder der Versammlung und ihrer führenden Köpfe verleihen dem Buch über die Zeit hinaus dauernden Wert.

Staatsanzeiger. Personeller Teil. Ernennungen, Beförderungen, Jurisbeförderungen der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.

Ernannt: Rottenmeister Karl Bogler in Karlsruhe zum planmäßigen Polizeiwachmeister in Forstheim.

Entlassen auf Ansuchen: Verwaltungsassistent Adolf Linder bei der Landesversicherungsanstalt Baden und Kanzleisekretär Gustav Schneider, zuletzt beim Bezirksamt Karlsruhe.

Justizministerium.

Ernannt: Kanzleifassistent Josef Gutterer beim Notariat Eberberg zum Kanzleisekretär.

Befördert: Amtsrichter Dr. Hans Nieder in Karlsruhe nach Wolfach und Justizobersekretär Josef Kaiser beim Amtsgericht Radolfzell zum Amtsgericht Wörzach.

Beurlaubt aus dem Staatsdienst: Landgerichtsrat Dr. Moriz Gasser in Heidelberg.

Zurückgenommen: die Beförderung des Amtsrichters Dr. Wilhelm Schels in Karlsruhe nach Wolfach.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernannt: der elftägige Studienrat Dr. Manfred Eimer von Würzburg zum Professor an der Kant-Oberrealschule in Karlsruhe, der elftägige Oberlehrer Leo Kern von Thann zum Professor an der Oberrealschule in Mannheim.

Befördert: Professor Roman Fröhlich an der Realschule in La denburg in gleicher Eigenschaft an die Oberrealschule Mannheim.

Zurubegezeit auf Ansuchen: Hauptlehrer Andreas Schneider an der Volksschule Karlsruhe gemäß § 29 Ziff. 2 B.G.

Ministerium der Finanzen.

Planmäßig angestellt: Artur Schumann in Karlsruhe unter Ernennung desselben zum Finanzassistenten.

Gestorben: Polizeiobersekretär Johann Müller in Freiburg.

Stadt Karten. Todes-Anzeige.
Heute früh entschlief sanft mein lieber Mann, mein guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Dr. Hans Zimmermann
Kreisschulrat a. D.
kurz vor seinem 70. Geburtstage.
Waldshut, den 25. Mai 1923.
In tiefer Trauer:
Frau Anna Zimmermann
geb. Schrickel.
Marga Zimmermann.

ZWECKMÄSSIGE UND SPARSAME HAARPFLGE
SCHAUMENDES
AUXOLIN
KOPF- & HAARWASCH-PULVER
F. WOLFF & SOHN
KARLSRUHE

Galerie Jansen
Karl-Friedrichstraße 32 neben Hotel Germania
Telephon 2331
Neue Ausstellung Karlsruher Künstler
Prof. H. Bühler, Prof. L. Dill, Prof. Fr. Fehr, G. Haas, A. Luntz, K. Oertel, Prof. G. Schönleber, J. Schold, Prof. H. von Volkmann u. a. m.

Badisches Landestheater.
Sonntag, 27. Mai, vorm. 11¼—1½. 500 bzw. 250 M.
In der Wandelhalle des I. Ranges
Morgenveranstaltung des Theaterkulturverbandes
Einführung in Sternheims „Bürger Schippel“
Vortrag von Hochschulprofessor Dr. Holl über die Komödie der Gegenwart.
(Wedekind—Sternheim—Georg Kaiser.)
abends 8¼—9¼ Uhr. Sp. I 7000 M.
Die Fledermaus.

Konzerthaus.
abends 7—9¼ Uhr. Park. I 4000 M.
Der Raub der Sabinerinnen.

Montag, 28. Mai, 8 Uhr, Große Festhalle
Symphonie-Konzert
mit dem
Bad. Landestheater-Orchester
Gastdirigent: **Emil Kahn** aus Frankfurt a. M.
Solistin:
Therese Müller-Reichel
vom Landestheater in Wiesbaden.
Weber: Euryanthe-Ouverture, Mozart: Pagenarien aus Figaro, Mozart: Serenade f. 2 Streichorchester und Pauken, Pfitzner: 2 Orchesterlieder, Mahler: 4. Symphonie.
Karten zu 3000, 2500, 2000, 1500 und 1000 M. bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.

Methode Ritter
Sprachlehr-Institut
Inhaber und Leiter **H. K. Ritter**
Neue Anfängerkurse beginnen
Englisch: Dienstag, den 29. Mai 1923
Spanisch: Dienstag, den 29. Mai 1923
Französisch: Mittwoch, den 30. Mai 1923
— Kurse für Fortgeschrittene: Eintritt jederzeit —
Honorar mäßig. — Teilzahlungen gestattet
Keine teuren Lehrmittel
Unterricht durch Auslandsdeutsche
Anmeldungen in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends erbeten nur
Leopoldstraße I (am Kaiserplatz)

Staats-Lotterie!
Mit einem Los
der 22. Preussisch-Süddeutschen
Staatl. Klassen-Lotterie
1 Milliarde
zu gewinnen.
312000 Gewinne und 4 Prämien
im Gesamtbetrage von über 17½ Milliarden Mark.
Ziehung I. Kl. 10. und II. Juli.
Lospreis zu jeder Klasse:
1/8 1250.— 1/4 2500.— 1/2 5000.— 3/4 10000.— Mark
Greifen Sie zu
und kaufen Sie sogleich ein Los bei
Zwerg (vorm. Götz)
staatl. Lotterie-Einnehmer
Hebelstraße 11.

Abhaltung einer Werbestaffel betr.
Während der Veranstaltung der Werbestaffel werden die Kaiserallee und die Kaiserstraße von der Dragonerkasernen bis zum Durlacherort am kommenden Sonntag von 10—11½ vormittags für den gesamten Kraftfahrzeuge, Fuhrwerks- und Fahrradverkehr gemäß § 23 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, § 23 der Str.-Pol.O. und § 13 der Fahrradverordnung gesperrt.
Karlsruhe, den 23. Mai 1923. D. 345
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion C. S. 346.

Die Kreisfasserstelle
Beim Kreisverband Billingen, mit dem Sitz in Billingen, ist sofort neu zu besetzen. Gehalt nach Besoldungsgruppe VII mit späterer Aufschubmöglichkeit. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung ist durch Aufnahme in die badische Fürsorgekasse gewährt.
Bewerber müssen im Kreis-, Staats- oder Gemeindeverwaltung und Rechnungsweisen und in der kameralistischen Buchführung bewandert, auch an ein sicheres, selbständiges Arbeiten gewöhnt sein. Neben der Besoldung des Kreisfasseramtes wird die Befähigung verlangt, die Geschäfte des Kreisfasseramtes vertretenswiese erledigen zu können. Selbstgeschriebene Zeugnisse mit kurzer Beschreibung des Lebenslaufes, Angabe der Besoldungsansprüche mit Beifügung von Zeugnissen wollen innerhalb 14 Tagen eingereicht werden.
Billingen, den 22. Mai 1923. B. 488
Kreisamtschub Billingen.
de Pellegrini.

Metallbetten
Stahlmatt, Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei.
Eisenmöbelfabrik Suhr (Zür.)

Befriedene Bekanntmachungen.
Bekanntmachung.
Die Firma Siegrist & Co., Bankgesellschaft m. b. H. in Karlsruhe ist aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Gesellschaft zu melden.
Mannheim, C. 4, 11, den 22. Mai 1923.
Der Liquidator:
L. u. S. 321.3.1

Papierholzverkauf.
Das Bad. Forstamt Gernsbach verkauft freihändig aus den Domänenwaldungen Schwarzegehren, Ruhberg, Schwann und Rodert 77 Ster I. Kl., 184 Ster II. Kl. Papierholz mit Rinde, meist Tanne, in einem Los. Nähere Auskunft durch das Forstamt.
Angebote werden bis Montag, den 4. Juni ds. Jz., abends 5 Uhr erbeten. Zuschlagsfrist 8 Tage.

Forst-langholzverkauf.
Das Bad. Forstamt Mittelberg in Etlingen verkauft freihändig gegen Barzahlung innerhalb Monatsfrist und mit Genehmigungsvorbehalt aus hiesigen Staatswaldungen.
Los 1 Ditr. I St. 9, 13, 14, 15. Stämme fm. 5 IV, 56 V, 41 VI. Abschnitte 6 II, 11 III.
Los 2 Ditr. II St. 25, 26, 27, 41, 42. Stämme

fm. 7 III, 7 IV, 14 V, 3 VI, Abschnitte 3 II, 6 III.
Los 3 Ditr. II St. 33, 54 Stämme fm. 5 III, 77 IV, 330 V, 24 VI. Abschnitte 24 II, 38 III.
Los 4 Ditr. IV und V, St. 78, 81, 82, 83, 87, 89, 90, 92, 94. Stämme fm. 18 II, 42 III, 26 IV, 8 V, Abschnitte 1 I, 16 II, 4 III.
Angebote getrennt nach Losen in Prozenten der Landesgrundpreise Novbr. 1922 bis Montag, den 4. Juni erbeten. S. 324
Losauszüge durch das Forstamt gegen Voreinfindung von 1000 Mark. Vorzeiger des Holzes für Ditr. I Forstwart Kraß in Mittelberg, für Ditr. II Förster Eisele in Rarzell und Oberforstwart Blöth Weglinshausen, für Ditr. IV und V Oberforstwart Kunz in Schilberg.
Das Forstamt Karlsruhe-Gardl versteigert für Kleinhändler und Selbstverbraucher Freitag, den 1. Juni ds. Jz., vormittags 9 Uhr, im Schützenhaus bei Karlsruhe: a) aus Staatswald Gardlwald, Fasanengarten und Forstgarten Stämme und Abschnitte: ca. 290 fm. Forle, 40 fm. Fichte, 123 fm. Eiche, 12 fm. Ahorn, 22 fm. Kiefer, 25 fm. Rotbuche, 15 fm. Ulme, 12 fm. Platane, 7 fm. Kirschaum, 1 fm. Esche, 190 Ster Eiche Aufschichtholz, 180 Ster Eiche Werthholz sowie einige Ster Ahorn, Kiefer und Buche Aufschichtholz, b) vom Gutshof Scheibenhart: ca. 13 fm. Ahorn, Kiefer, Eiche, Ulme, Linde, Pappel und Kastanie.
Maklären gegen Ersatz der Selbstkosten durch das Forstamt. Auskunft daselbst Mittwoch und Samstag vormittags 8—12 Uhr.
Die Zulassung ist abhängig von einer Bescheinigung der Handwerksorganisation oder bei Selbstverbraucher des Bezugsmeisteramtes. S. 325

Nadelholz- und Papierholz-Verkauf.
Das Bad. Forstamt Kirchzarten bei Freiburg i. Br. verkauft freihändig aus den Staatswaldungen des Forst- und St. Wilhelmstales: 344 Stämme I—III mit 459 fm., 935 IV—VI mit 357 fm. und 501 Abschnitte I—III mit 368 fm., im Ganzen 1184 fm. in 11 Losen. Papierholz: etwa 150 Ster I—III in 1 Los; Barzahlung innerhalb 1 Monat nach Kaufabschluss. Entfernung zur Station Kirchzarten 5—12 km. Nähere Auskunft und Losverzeichnisse vom Forstamt. Schriftliche Angebote auf ganze Lose in Prozenten der 1922er S. Gr. Pr. bis Freitag, den 8. Juni ds. Jz., abends 6 Uhr erbeten. Zuschlagsfrist 8 Tage. Handelsverbot erforderlich.

Detektiv- u. Privat-Muskunsten
Argus „Mannheim“
O. G. G.
Planen
Fernspr. 3305
A. Maier & Co., G. m. b. H.